

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 139. Ratssitzung vom 19. September 2012**

### **3100. 2010/106**

#### **Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Ueli Brassler (SD) vom 10.02.2010: Durchführung von Personenkontrollen zur Bekämpfung der illegalen Ein- wanderung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Patrick Blöchlinger (SD)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 5579/2010): Es ist sicherlich unbestritten, dass es überall auf der Welt unerwünschte Personen gibt. So natürlich auch bei uns in der Schweiz und grossen Städten wie Zürich. Es liegt nicht an der Attraktivität Zürichs, dass solche Personen zu uns kommen. Vielmehr liegt es an der Anonymität einer grossen Stadt. In einer kleinen Gemeinde weiss in der Regel die gesamte Familie, was der Vater nach der Arbeit alles gemacht hat, bevor er nach Hause kommt. In Zürich kann der Nachbar im Wohnblock verunfallt sein und man bemerkt es nicht. Das eine ist nicht schlechter als das andere. Genau diese Unterschiede nutzen auch illegal Eingewanderte und andere Kriminelle aus. Deshalb ist es an der Zeit, sich den unerwünschten Nebenerscheinungen anzunehmen. Mann muss dazu nur neuralgische Punkte, wie beispielsweise Bahnhöfe, Bushaltestellen oder gewisse Orte in den Kreisen vier und fünf überraschend abriegeln und nach sich illegal aufhaltenden Personen und gesuchten Straftätern durchkämmen. Bei diesen flächendeckenden Durchsuchungen werden sämtliche Personen durchsucht. Wir wissen alle, dass der illegale Aufenthalt kein Kavaliersdelikt darstellt. Ich bin davon überzeugt, dass bereits eine kleine Anzahl solcher Aktionen die Wirkung nicht verfehlt. Durch die neuen elektronischen Netzwerke spricht sich diese Art der Kriminalitätsbekämpfung rasch und mit nachhaltiger Wirkung herum. Die Stadt Zürich kann dadurch einmal mehr zur Pionierin werden und aufgrund der präventiven Wirkung sehr viel Geld einsparen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Das, was Herr Blöchlinger (SD) beschreibt, ist nicht das Bild, das ich oder die Polizei von der Stadt Zürich haben. Es gibt natürlich Leute mit illegalem Aufenthalt, aber damit sich eine solche Massenkontrolle lohnt, bräuchte es hunderte illegale Aufenthalter. Dies ist eine unrealistische Vorstellung. Diese Vorstellung, wie das ablaufen sollte, ist unrealistisch und ineffizient. Hunderte, wenn nicht tausende Menschen wären davon betroffen. Der Stadtrat kann das nur ablehnen. Dazu kommt noch, dass die Stadtpolizei nicht untätig ist. Es werden Kontrollen durchgeführt. Das, was die Polizei leistet, reicht aus unserer Sicht aus, um illegale Aufenthalter festzustellen. Sehr viele Sans Papiers unternehmen alles, um nicht aufzufallen. Das im Postulat geforderte Vorgehen ist weder angemessen, noch effizient und ausserdem ist es unnötig.*

Weitere Wortmeldungen:

**Kurt Hüssy (SVP):** Die Idee, dass vermehrt nach illegalen Aufenthaltern gesucht werden soll, hört sich grundsätzlich nicht nur schlecht an. Für mich steht aber nicht das Durchsuchen ganzer Gebiete im Vordergrund. Ich denke, dass die Polizei ihre Arbeit gut macht. Vielleicht brauchen sie etwas mehr Arbeitsstunden und Personal, um diesem Auftrag nachzukommen. Es ist traurig, dass die Arbeit der Beamten, die Illegale aufspüren, oft unnütz ist, weil die illegalen Aufenthalter trotzdem irgendwann wieder irgendwo auftauchen. Zusätzlich werden sie von verschiedenen Hilfsorganisationen zum Bleiben animiert, indem ihnen die Infrastruktur und alles Lebensnotwendige zur Verfügung gestellt wird. Solche Hilfsorganisationen betrügen den Staat. Meiner Meinung nach braucht es viel Fingerspitzengefühl, das unsere Polizei bestimmt auch besitzt. Das Problem entsteht erst, wenn die Aufgabe der Polizei bereits erfüllt ist. Dann muss gehandelt werden. Es hat dieselbe Wirkung, wenn unter den illegalen Aufenthaltern klar wird, dass etwas in Bewegung gerät, wenn sie erwischt werden. Jetzt lachen diese Leute natürlich, weil sie wissen, dass sie jahrelang bleiben können. Es ist eine win-win-Situation. Können die Illegalen da sein und arbeiten, lebt zu Hause die ganze Verwandtschaft in Saus und Braus. Wenn sie ins Gefängnis kommen, haben sie wenigstens einen sehr angenehmen Ferienaufenthalt. Es ist eine frustrierende Tätigkeit für die Polizeibeamten. In der Schweiz gibt es Gesetze, die eingehalten und durchgesetzt werden müssen.

**Severin Pflüger (FDP):** Es kommt immer auf die Setzung der Prioritäten an. Wenn die Priorität heisst, es dürfe kein einziger Kleinkrimineller und Illegaler in der Schweiz sein und die Mittel zur Umsetzung unbeschränkt sind, ist der Vorschlag gut. Dies ist jedoch nicht meine Priorität. Meine Priorität ist, mich frei bewegen zu dürfen und mich in dieser Stadt sicher zu fühlen. Meine Möglichkeit, mich frei bewegen zu können, wäre durch diesen Vorschlag massiv eingeschränkt. Es ist für mich unbegreiflich, wie man so etwas wollen kann. Dies würde häufig geschehen und besonders am Hauptbahnhof, wo jeden Morgen eine Million Reisende durchgeschleust wird, wäre das hochgradig problematisch. Mein Büropartner hat einen illegalen Aufenthaltler vertreten. Es handelte sich um einen Algerier, der drei Mal aufgegriffen wurde, bis er sich entschied zu einem Cousin nach Mailand zu fahren. Auf der Fahrt dorthin wurde er im Tessin erneut aufgegriffen und in Zürich in Untersuchungshaft gestellt. Dieses Problem würde nicht durch Massenkontrollen gelöst. Wir müssen nur schauen, dass das Recht umgesetzt wird.

**Marianne Aubert (SP):** Man stelle sich vor, was das an den gut frequentierten Orten bedeuten würde, wenn sie überraschend abgeriegelt würden. In einer solchen Stadt will ich nicht leben. Wenn die Bewegungsfreiheit tatsächlich so eingeschränkt würde, wie es das Postulat verlangt, würde die Postulatflut sofort von allen Seiten einsetzen.

**Kyriakos Papageorgiou (SP):** Einen solchen Vorschlag habe ich 1967 selber erlebt. Ich war mit meiner Grossmutter im Überlandbus. Das Militär hielt uns an und kontrollierte alle. Ich werde mich ein Leben lang daran erinnern, wie meine Grossmutter die Soldaten ausschimpfte, wie es ihnen einfallen könne, so etwas durchzuführen. Mein Onkel sass damals im Gefängnis. Ihre Gesinnungsgenossen in Athen sind Ihnen diesbezüglich



3 / 3

*voraus. Sie machen das schon privat. Sie kreisen Ausländer ein, unabhängig von ihrem Status, verprügeln sie und lassen sie halbtot liegen.*

Das Postulat wird mit 2 gegen 106 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat